

8,25 %* Zinsen p.a.

- festverzinsliches Wertpapier
- 0 % Kursschwankung
- 100 % Rückzahlung
- halbjährliche Zinsauszahlung

*maßgeblich ist der Wertpapier-Verkaufsprospekt

E.E.C.H.
European Energy Consult Holding

Infos unter www.eech-solar.de
oder 0800-5 600 666 (gebührenfrei D/A/CH)

Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Man least viel Gutes über uns.

SüdLeasing

Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg

Telefon (0711) 127 - 7 70 01
Telefax (0711) 127 - 7 70 02
www.suedleasing.de

US-Notenbank blickt optimistischer nach vorn

Mehr Wachstum, weniger Inflation



Alan Greenspan

tor NEW YORK. Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat ihre Wachstumsprognose für 2005 leicht angehoben. So rechnet die Fed jetzt mit einem Wirtschaftswachstum in den USA zwischen 3,75 und vier Prozent. Im vergangenen Juli lag die Prognose noch bei 3,5 bis vier Prozent. Zugleich schraubte die Notenbank ihre Inflationserwartungen auf maximal 1,75 Prozent zurück. Fed-Chef Alan Greenspan begründete den optimistischen Konjunkturausblick damit, dass sich der Aufschwung „verfestigt“ habe. Greenspan wies in seinem halbjährlichen Bericht vor dem Kongress darauf hin, dass die Zinsen immer noch „ziemlich niedrig“ seien. Die Händler auf den Anleihemärkten interpretierten das als Hinweis, dass die Fed ihren Kurs der schrittweisen Zinserhöhungen fortsetzen wird, und reagierten mit Verkäufen. Auch der Aktienmarkt gab leicht nach.

► **GREENSPAN ÜBERRASCHT** SEITE 17



Der Trauerzug für den ermordeten früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri geriet gestern zu einer anti-syrischen Demonstration.

FINANZMÄRKTE

DAX (Xetra)	Dow Jones	Euro Stoxx 50	Euro (\$)	10j. Bund
4368,77	10834,88	3068,55	1,3029	3,510 %
-0,76 %	-0,02 %	-0,60 %	+0,0059	+0,016

Stand: 22.10 Uhr

WIRTSCHAFT & POLITIK

Japan: Die japanische Wirtschaft steckt wieder in einer Rezession. Auch im vierten Quartal 2004 und damit im dritten Quartal in Folge schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP). SEITEN 3 und 7

Konjunktur: Die deutsche Wirtschaft kommt wieder etwas in Schwung. Dabei kann sie sich neben dem Export zunehmend auf die heimische Nachfrage stützen. Das ist das Ergebnis der DIHK-Frühjahrsbefragung unter 25 000 heimischen Unternehmen. SEITE 3

Nebeneinkünfte: SPD und Grüne haben sich im Grundsatz auf schärfere Regeln für Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten verständigt. SEITE 4

Irak: Die im Irak verschleppte italienische Journalistin Sgrena hat in einer Videobotschaft darum gebeten, die Forderungen ihrer Entführer zu erfüllen. Die Reporterin der römischen Zeitung „Il Manifesto“ arbeitet auch für die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“. SEITE 6

REPORT

Die britische Autoindustrie blüht. Zwar gibt es keinen ernst zu nehmenden selbstständigen Konzern mehr. Doch Ausländer lassen ihre Autos in Großbritannien fertigen oder haben traditionsreiche Marken wie den Mini wiederbelebt. SEITE 8



UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Hewlett-Packard: Der US-Computerkonzern hat den Reingewinn im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres leicht auf 943 Mill. Dollar von 936 Mill. Dollar im Vorjahr gesteigert. Der Umsatz nahm um rund zehn Prozent auf 21,5 Mrd. Dollar zu, teilte HP mit. SEITE 9

Luftfahrt I: Ab heute haben Fluggäste deutlich mehr Rechte auf Ausgleich und Entschädigung, wenn ihr Flug überbucht ist, kurzfristig annulliert wird oder mit großer Verspätung startet. SEITEN 7 und 10

Luftfahrt II: Die Fluggesellschaften DBA und Germania Express schließen sich zusammen und fusionieren bereits Ende März zur drittgrößten deutschen Airline hinter Lufthansa und Air Berlin. SEITE 10

Maschinenbau: Die Branche bleibt auch für 2005 optimistisch gestimmt. Der Branchenverband VDMA erwartet für das laufende Jahr ein reales Wachstum der Produktion von drei Prozent. SEITE 11

Hochtief: Der Konzern trotz der Baukrise und hat 2004 das Ergebnis vor Steuern um 17 Prozent auf 187 Mill. Euro gesteigert. SEITE 12

FINANZZEITUNG

Börsenfusion: Großbritannien wird wettbewerbsrechtliche Fragen einer Übernahme der Londoner Börse nicht an die EU-Kommission weiterleitet. Dies teilte die britische Aufsichtsbehörde OFT mit. SEITE 17

Investmentfonds: Die europäischen Anbieter haben 2004 massive Absatzeinbußen erlitten. Die Nettoverkäufe der Publikumsfonds fielen um rund 40 Prozent von 218 Mrd. Euro auf 133 Mrd. Euro. SEITE 18

ANLEGERZEITUNG

Aktien: Nach Einschätzung führender europäischer Aktienmarktstrategen haben die meisten Investoren noch nicht bemerkt, welch enormes Potenzial die aktuellen Lohnsenkungsrounds deutscher Unternehmen für den Aktienmarkt darstellen. SEITE 25

Iran und Syrien schmieden Allianz gegen die USA

Teheran verspricht Damaskus Unterstützung bei einem amerikanischen Militärschlag

HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
WASHINGTON/BERLIN. Der Iran und Syrien haben gestern überraschend eine „gemeinsame Front“ gegen die USA angekündigt. „Wir sind bereit, Syrien in allen Punkten gegen Bedrohungen zu helfen“, sagte Irans Vizepräsident Mohammed Resa Aref nach einem Treffen mit Syriens Ministerpräsidenten Nadschi el Otari in der iranischen Hauptstadt. Gleichzeitig will die US-Regierung den wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf Syrien massiv erhöhen. US-Präsident George W. Bush wirft dem Iran vor, nach Atomwaffen zu streben. Syrien verdächtigt er, Terroristen zu unterstützen.

Nachdem die USA in den vergangenen Wochen verstärkt auf einen politischen Wechsel im Iran und in Syrien gedrängt hatten, sagte Syriens Ministerpräsident: „Dieses Treffen, das zu einer sensiblen Zeit stattfindet, ist wichtig, besonders weil Syrien und der Iran vor mehreren Herausforderungen stehen und es notwendig ist, eine gemeinsame Front zu bilden.“ Aref sicherte Syrien für den Fall eines amerikanischen Militärschlags Unterstützung zu. „Wir sind bereit, Syrien zu helfen, wo immer wir können.“

Der Nahost-Beauftragte der USA, William Burns, forderte Syrien gestern am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den am Montag ermordeten früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik el Hariri ultimativ auf, seine rund 14 000 Soldaten „vollständig und unverzüglich“ aus dem Libanon abzuziehen. „Hariris Tod sollte dem Ziel eines freien, unabhängigen Libanons neuen Auftrieb geben“, sagte er. Hunderttausende Libanesen nutzten den Trauermarsch für Hariri zu einem Massenprotest gegen die syri-

sche Vormacht. „Syrien raus, Syrien raus“, skandierte die Menge, während die Hariris Sarg auf dem Weg in eine Moschee im Zentrum Beiruts begleitete. Oppositionspolitiker machen Syrien für das Attentat verantwortlich, bei dem neben Hariri weitere 14 Menschen starben. Frankreichs Staatschef Jacques Chirac forderte bei der Trauerfeier eine lückenlose Aufklärung des Attentats.

Obwohl Damaskus jede Beteiligung an dem Anschlag ausschloss, sagte e US-Außenministerin Condoleezza Rice, die syrische Regierung befinde sich auf einem Weg, „auf dem sich die Beziehungen nicht verbessern, sondern verschlechtern“. Ein hochrangiger Mitarbeiter des Weißen Hauses sagte dem Handelsblatt: „Wir prüfen mehrere Optionen.“ Möglich sei beispielsweise, syrische Guthaben in den USA ein-

zufrieren. Außerdem könnte eine Exportsperr für viele US-Güter verhängt werden. Präsident Bush hatte amerikanischen Unternehmen schon vor Jahren verboten, Waffen, Munition sowie Güter, die zivil und militärisch genutzt werden können, an Syrien zu verkaufen. Nach Angaben des Mitarbeiters des Weißen Hauses prüft die US-Administration auch, die Bewegungsfreiheit syrischer Diplomaten in den USA einzuschränken.

Die schnelle US-Reaktion auf die Ermordung Hariris bestätigt diplomatischen Kreisen zufolge Bushs Entschlossenheit, seine Strategie der Demokratisierung des Nahen Ostens umzusetzen und den Druck auf autoritäre Regime zu erhöhen. Bereits in seiner Rede zur Lage der Nation Anfang Februar hatte er Syrien und den Iran als maßgebliche

Unterstützer des internationalen Terrorismus gebrandmarkt.

Teheran drohte gestern, unbemannte Spionagedienste, mit denen die US-Regierung auf iranischem Territorium Erkenntnisse über ein mögliches Atomwaffenprogramm und Schwächen der Luftabwehr gewinnen will, abzuschließen. „Unsere Atom- und Militäranlagen sind rechtmäßig, und deswegen würden wir jede Drohne abschießen, die versucht, sie auszuspienieren“, sagte Geheimdienstchef Ali Junesi.

Für zeitweilige Verwirrung im Streit über das iranische Atomprogramm sorgten Berichte über eine Explosion in der iranischen Provinz Buschehr, wo Ende 2005 ein mit russischer Hilfe gebauter iranischer Atomreaktor den Betrieb aufnehmen soll. Die USA und Israel versicherten umgehend, sie hätten mit dem Vorfall nichts zu tun. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates in Teheran sagte, Ursache der Explosion seien Sprengarbeiten für einen Staudamm gewesen. „Was immer passiert ist, es hatte nichts mit unserer Atomanlage zu tun“, sagte er. Die Stadt Dailam, wo sich die Explosion ereignete, liegt 150 Kilometer von dem Atomreaktor entfernt.

Bundesaußenminister Joschka Fischer habe seinen iranischen Kollegen Kamel Charrasi bei dem Treffen in Berlin aufgefordert, dass der Iran alles unterlassen solle, was den Friedensprozess im Nahen Osten unterlaufen könne, hieß es aus Delegationskreisen. Damit sei etwa die Unterstützung für die Hisbollah gemeint. In Berlin hieß es zudem, es sei nicht günstig für den Iran, wenn das Land nun den Eindruck einer engen Allianz mit Syrien erwecke.

► **TAGESTHEMA** SEITE 2
► **GASTKOMMENTAR** SEITE 7

Zuckerbrot oder Peitsche

Der Westen ist über den Umgang mit dem Regime in Teheran zerstritten – ein Umstand, den sich die Mullahs geschickt zu Nutze machen.

■ **USA:** Seit dem Geiseldrama in der US-Botschaft Ende der siebziger Jahre sind die Beziehungen zu Teheran frostig. Im Streit um das iranische Nuklearprogramm verfolgt Washington eine klare und harte Linie: Atomwaffen in Teheran sind nicht akzeptabel, ein militärisches Eingreifen wird nicht ausgeschlossen.

■ **EU:** Die Europäer setzen auf eine Verhandlungslösung mit dem Iran. Trotz einiger diplomatischer Erfolge, etwa nach einer Teheran-Visite der Außenminister der großen EU-Länder, gelang es der EU aber nicht, den Konflikt beizulegen. Dennoch zeigte sich Außenminister Joschka Fischer gestern nach Gesprächen mit seinem iranischen Kollegen Kamal Charrasi (Foto, links) verhalten optimistisch über eine Einigung.



Forscher entwickeln neue Dollarkurs-Prognose

Erstmals kurzfristige Vorhersagen möglich

HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
FRANKFURT. Zwei französische Wirtschaftsforscher sorgen mit einer revolutionären Studie für Furore in der Finanzwelt. Bei der Untersuchung der US-Außenhandelsdefizite entwickelten sie eine neue Methodik, die auch kurzfristige Prognosen des Dollar-Wechselkurses erlauben könnte.

Der potenzielle Wert einer solchen Neuerung für die Finanzbranche ist enorm, weil sich mit zuverlässigen Kursprognosen sehr viel Geld verdienen lässt. „Wir haben bereits einige Anfragen von Hedge-Fonds, die gerne unsere Datenreihe hätten“, sagte Autorin Hélène Rey dem Handelsblatt.

Bislang lassen sich Wechselkursentwicklungen der kommenden zwei Jahre nicht vorhersagen, jedenfalls nicht besser, als wenn man einfach annimmt, der künftige Kurs werde dem heutigen entsprechen. Dieser Effekt ist als so genanntes Meese-Rogoff-Paradox bekannt.

Ihren Erkenntnisgewinn verdanken die beiden Autoren, die an renommierten US-Universitäten leh-

ren, einer neuen Datenreihe zum US-Auslandsvermögen, die sie akribisch aus verschiedenen öffentlichen Quellen zusammengestellt haben. Da das Auslandsvermögen der Amerikaner von über 7 000 Milliarden Dollar überwiegend auf ausländische Währung lautet, macht eine Abwertung des Dollars die USA reicher. Außenhandelsdefizite, die bisher meist den Kern von Wechselkursprognosemodellen ausmachen, werden dadurch zum Teil kompensiert, manchmal sogar überkompensiert.

Einer der Namensgeber des Meese-Rogoff-Paradoxes, der Harvard-Professor und ehemalige Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, Ken Rogoff, lobt die neue Datenreihe. „Das ist eine phantastische Studie, die die wissenschaftliche Diskussion enorm bereichert“, sagte Rogoff dem Handelsblatt. Allerdings möchte er vor einem abschließenden Urteil die Eigenständigkeit im Praxistest bewiesen sehen.

► **WISSENSWERT** SEITE 6

Telekom reagiert mit neuen Preisen auf bröckelnde Marktanteile

Konzern führt zum ersten Mal Monatspauschale im Ortsnetz ein

HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
BONN. Die Deutsche Telekom will mit neuen Tarifen Marktanteilsverluste im Festnetzgeschäft stoppen. Wie der Konzern gestern ankündigte, können Kunden künftig gegen einen monatlichen Aufschlag von 9,95 Euro unbegrenzt ohne weitere Kosten im Ortsnetz telefonieren. Zudem sollen ab März die Minutenpreise aller Gespräche sinken. „Wir wollen unsere Marktposition halten, und die neue Tarifstruktur wird dazu beitragen“, sagte Achim Berg, Marketing- und Vertriebsvorstand der Telekom-Festnetzsparte T-Com.

Der ehemalige Monopolist hat in jüngster Zeit vor allem im Ortsnetz Marktanteile verloren. Etwa 33 Prozent aller Gesprächsminuten in diesem Segment sind im Jahr 2004 nach Angaben des Telekom-Regulierers über die Netze der Telekom-Konkurrenten abgewickelt worden – nach 17 Prozent im Vorjahr. Insgesamt steigerten die Konkurrenten 2004 ihren Marktanteil bei Festnetztelefonaten um drei Prozentpunkte auf 46 Prozent.



10 Mrd. Euro ein. Damit erwirtschaftet das Festnetz mehr als die Hälfte des Konzern-Ebitda.

Während die Telekom das Ergebnis dieses Konzernbereichs durch Stellenabbau und andere Einschnitte leicht steigert, sinkt jedoch der Umsatz. Das Unternehmen versucht dies durch die Einführung von neuen Pauschalen – so genannten Flatrates – abzumildern, auf diese Weise die kalkulierten Einnahmen zu erhöhen und unabhängiger von den schwankenden Minutenumsätzen zu werden. „Die Pauschaltarife sind so konstruiert, dass die Telekom damit Geld verdienen kann, während es sich für die Kunden häufig nicht rechnet“, sagt Joeri Sels, Analyst bei der DZ Bank. Nach seiner Einschätzung könnten die Tarifenkürzungen zu Umsatzverlusten im kleineren dreistelligen Millionenbereich führen. Das sei aber hinnehmbar, denn andererseits verbessere sich die Umsatzstruktur, und der Marktanteil werde sich wohl stabilisieren.

► **MEINUNG** SEITE 7
► **NEUES TARIFSYSTEM** SEITE 7

Handelsblatt.com

Ecofin: Heute treffen sich in Brüssel die EU-Finanzminister und beraten die Reform des Stabilitätspaktes. Erwartet wird eine Stellungnahme zur deutschen Haushalts- und Wachstumsplanung. Mehr zu den aktuellen Themen von Handelsblatt.com lesen Sie auf Seite 8.

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Postfach 101102, D-40002 Düsseldorf, Telefonzentrale: 0211/887-0; Fax: 0211/887-2980

Belgien, Niederlande, Luxemburg 2,50 € / Dänemark 22,00 dkk / Frankreich 2,90 € / Griechenland 3,20 € / Großbritannien 2,40 € / Irland 3,50 € / Italien 2,90 € / Polen 13,50 PLN / Portugal (kont.) 3,00 € / Norwegen 34 nkr / Österreich 2,50 € / Schweden 39,- skr / Schweiz 4,20 sfr / Spanien 2,70 € / (Balearen 2,90 €, Kanaren 3,20 €) / Tschechien 100,- CSK / Türkei 7,80 YTL / Ungarn 760,- HUF / USA 3,40 \$

NEUES AUS DER WISSENSCHAFT

Glückliches Amerika, werte ab und werde reich

Von NORBERT HÄRING

Von Monat zu Monat eindringlicher fordern europäische Regierungschefs und die Europäische Zentralbank die US-Regierung auf, etwas gegen die hohe und immer noch wachsende Leistungsbilanzdefizite des Landes zu unternehmen. Es führt aus ihrer Sicht zu einer auf Dauer untragbaren Aufblähung der Auslandsschuld der USA. Diese könnte sich irgendwann in einem regelrechten Dollar-Crash entladen, so ihre Sorge.

Doch anstatt immer schlimmer zu werden, hat sich das Problem in den vergangenen Jahren weitgehend unbemerkt fast aufgelöst, argumentieren zwei französische Ökonomen, die an den US-Universitäten Princeton und California at Berkeley lehren.

Auf zwei Sätze zusammengefasst besagt ihre Studie: Weil sich die USA als Leitwährungsland in eigener Währung verschulden können, werden sie durch eine Abwertung reicher. Und weil die internationale Finanzverflechtung rapide zunimmt, können sich die USA immer höhere Defizite im Außenhandel leisten.

Helène Rey und Pierre-Olivier Gourinchas stützen ihre Behauptungen mit einer wissenschaftlichen Studie, die Neuland betritt. Obwohl sie erst als Arbeitspapier des Forschungsnetzwerks CEPR veröffentlicht ist, sorgte sie bereits in akademischen Zirkeln und in der Finanzmarktszene für Aufsehen.

Die Kernthese lautet: Der Abbau eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, der früher oder später immer stattfindet, vollzieht sich nicht allein darüber, dass unterstützt von einem fallenden Dollar die Exporte steigen und die Importe fallen. Der bislang wegen mangelnder Daten unterbelichtete zweite Kanal, den die Forscher ins Blickfeld rücken, ist die Neubewertung des Auslandsvermögens der USA, die mit einer Währungsabwertung einher geht.

Um den Vermögensseffekt zu quantifizieren zu können, war es nötig, zu ermitteln, wie viel Auslandsvermögen die Amerikaner brutto in den verschiedenen Währungsgebieten halten. Dazu haben die beiden Autoren in mühevoller Kleinarbeit eine neue, bisher nicht verfügbare Datenreihe zum US-Auslandsvermögen in verschiedenen Währungsgebieten und zum Auslandsvermögen in den USA erstellt.

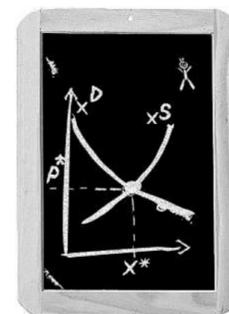
Allerdings haben sie bisher nur die Methodik veröffentlicht, nicht die Daten selbst. Nach den Recher-

chen der Autoren sind 70 Prozent des US-Auslandsvermögens von rund 7 000 Mrd. Dollar (Ende 2003) in fremder Währung denominated, während das Auslandsvermögen in den USA von rund 10 000 Mrd. Dollar ganz überwiegend auf Dollar lautet. Fällt der Dollar, wie es in den letzten Jahren nachhaltig getan hat, steigt das US-Auslandsvermögen in Dollar gerechnet kräftig an, während sich die Auslandsverbindlichkeiten kaum ändern. „Eine zehnprozentige Abwertung des Dollar bedeutet einen Vermögenstransfer aus dem Ausland in die USA in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ heißt es in der Studie. Das bedeutet: Wenn der Dollar um zehn Prozent abwertet, bleibt der Auslandsvermögensstatus der USA selbst dann unverändert, wenn das Außenhandelsdefizit fünf Prozent des BIP ausmacht. Das ist wichtig, denn die vermeintlich auf Dauer ins Unermessliche steigende Auslandsverschuldung ist das Hauptargument, warum hohe und steigende Defizite langfristig nicht tragfähig sind.

Auf Grund des Vermögensseffekts der starken Dollar-Abwertung der vergangenen Jahre sei das Ungleichgewicht in den wirtschaftlichen Außenbeziehungen der USA seit 2003 deutlich kleiner geworden, schreiben die Autoren - und das, obwohl das Leistungsbilanzdefizit der USA 2004 auf über 600 Mrd. Dollar angewachsen ist und damit für wachsende währungsdiplo-matische Aufregung gesorgt hat. „Wenn der Dollar in den nächsten zwei Jahren um insgesamt zehn Prozent abwertet, reicht das bereits, um das Gleichgewicht herzustellen“, gibt Rey Entwarnung. Denn nach den Berechnungen der beiden Autoren betrug das um die Vermögensseffekt korrigierte Defizit im ersten Quartal 2004 nur noch sieben Prozent der Exporterlöse, gegenüber fast zwanzig Prozent zum letzten Höhepunkt ein Jahr zuvor. Mitte der achtziger Jahre hatte der Fehlbetrag sogar mehr als 27 Prozent der Exporterlöse betragen.

P.O. Courinchas, H. Rey (2005): International Financial Adjustment. CEPR Discussion Paper Nr. 4923.

Fragen, Anregungen, Kritik: hb.wissenswert@vhb.de



WISSENSWERT

GIULIANA SGRENA FORDERT IN EINEM VIDEO DAS ENDE DER BESATZUNG IM IRAK



Die am 4. Februar in Bagdadgeführte italienische Journalistin Giuliana Sgrena hat in einem Video zu einem Abzug der ausländischen Truppen aus dem Irak aufgerufen. „Ich bitte euch, die Besatzung zu beenden, ich bitte die italienische Regierung darum, das ist der einzige Ausweg aus dieser Situation“, sagt die 56-jährige Korrespondentin der Tageszeitung „Il Manifesto“, die auch für „Die Zeit“ arbeitet, mit flehender Stimme. Das Video ohne Datum war der Agentur APTN gestern zugegangen. „Helft mir, mein Leben hängt von euch ab“, sagt Sgrena, „niemand sollte in diesem Moment in den Irak kommen, auch Journalisten nicht.“ Auf dem Bildschirm ist auf Arabisch der Schriftzug „Mudschahedin ohne Grenzen“ eingeblendet. Mehrere islamistische Gruppen hatten nach der Entführung Bekennerschriften veröffentlicht. Ungeachtet des Appells stimmte der Senat in Rom gestern für die weitere Finanzierung der 3 000 italienischen Soldaten im Irak. k ri

Fed-Gouverneur Bernanke wird neuer Bush-Berater

Der Notenbankgouverneur Ben Bernanke soll nach US-Medienberichten Gregory Mankiw als Wirtschaftsberater von US-Präsident George W. Bush nachfolgen. Der 51-Jährige Ökonom gilt als eigenwilliger Provokateur, so dass Konflikte mit dem Weißen Haus nicht auszuschließen sind. Mankiw hatte bereits vor längerer Zeit erklärt, dass er nach zwei Jahren im Weißen Haus an die Harvard University zurückkehren wolle. tor

Israels Parlament billigt Gaza-Abzugsplan
Israels Parlament hat den umstrittenen Gaza-Rückzugsplan von Premier Ariel Scharon endgültig gebilligt. Mit 59 zu 40 Stimmen verabschiedete die Knesset gestern ein Gesetz, das eine Entschädigung für die 9 000 betroffenen jüdischen Siedler vorsieht. Dafür sollen umgerechnet 667 Mill. Euro vorgesehen sein. Der Abzug aus Gaza und Teilen der Westbank soll im Sommer beginnen. ap

Kritik an Barrosos Wahlkampf-Auftritt
EU-Kommissionspräsident José Barroso hat eine Beteiligung am Wahlkampf für seine konservative portugiesische Partei verteidigt. Dadurch sei „die Unabhängigkeit des Präsidenten nicht in Frage gestellt“, betonte seine Sprecherin. Vor allem die europäischen Sozialisten hatten Barrosos, der früher Premier in Portugal war, für seinen Fernsehspot kritisiert. In Umfragen für die Wahl am Sonntag liegt Barrosos Partei zurück. ap

US-Journalisten drohen lange Haftstrafen
Ein Berufungsgericht in den USA droht zwei US-Reportern mit 18 Monaten Haft, weil sie sich weigern, vertrauliche Gespräche mit Regierungsvertretern preiszugeben. Dutzende Journalisten waren der Frage nachgegangen, ob Beamte aus Rache an einem Kritiker der Regierung und des Irak-Krieges die Identität von dessen Frau, der CIA-Agentin Valerie Plame, lüfteten. Die Justiz lud daraufhin mehrere Journalisten vor und verlangte Auskünfte über vertrauliche Gespräche. bac

Indien und Pakistan öffnen Grenze in Kaschmir
Mit der Einrichtung einer Busverbindung zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs haben die beiden Atommächte den größten Durchbruch in ihren rund einjährigen Friedensgesprächen erzielt. Vom 7. April an soll der Busverkehr von Srinagar nach Muzaffarabad wieder aufgenommen werden. dpa

Die Zeit des Showdowns in der Handelspolitik ist vorbei

EU und USA wollen ihre Beziehungen erneuern und eine globale Führungsrolle einnehmen

MICHAEL BACKFISCH, CHRISTOPH RABE
HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
WASHINGTON/DÜSSELDORF. Die transatlantischen Handelsbeziehungen sind besser als ihr Ruf. In die Schlagzeilen gerät das Beziehungsgeflecht immer, wenn Interessen der EU und der USA hart aufeinander prallen. Das war im Bananen-Streit so, bei der Weigerung der EU, hormonbehandeltes Rindfleisch zu importieren oder bei der Verhängung von Stahlzöllen durch die USA. Derzeit kabbeln sich beide um Flugzeugsubventionen. Doch der weitaus überwiegende Teil des Handel läuft ohne Reibereien.

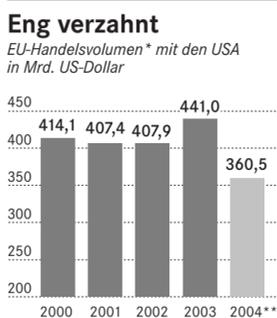
Vor Jahren sorgten die Streitereien noch für den großen Showdown: Die Welthandelsorganisation (WTO) musste eingreifen. Heute tragen USA

und EU ihre Meinungsverschiedenheiten lieber bilateral am Konferenztisch aus. Bei der härtesten Nuss, dies es derzeit zu knacken gibt, dem Subventionenkampf zwischen Boeing und Airbus, haben sich beide Seiten dafür eine 90-tägige Frist eingeräumt.

Die Gespräche sind äußerst schwierig, denn bei der Definition von Subventionen prallen zwei Welten aufeinander: Die Europäer beklagen, dass Boeing durch zahlreiche Aufträge von der Nasa und dem US-Verteidigungsministerium Wettbewerbsvorteile einfließt. Die Amerikaner wenden ein, dass Airbus seit seinem Start 1967 rund 15 Milliarden Dollar an öffentlichen Anschubkrediten erhalten habe. Darüber hinaus kämen die Muttergesellschaften EADS und BAE Systems in den Genuss lukrativer Militärkontrakte.

Auch wenn die Verhandlungen die 90-Tage-Frist weit überschreiten sollten, rechnen Experten nicht mit dem großen Knall. „USA und EU sind im zivilen Luftfahrtsektor zu sehr miteinander verzahnt: Eine Eskalation würde beiden Seiten schaden und passt nicht ins politische Gesamtbild“, betont Klaus-Dieter Ordemann vom US-Büro des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. So hat Airbus ein Netz von mehr als 20 amerikanischen Zulieferbetrieben. EADS baut ein Hubschrauberwerk in Mississippi und hofft auf einen Auftrag des Pentagons für neue Tankflugzeuge.

Ähnliches gilt für den Konflikt um die US-Exportsubventionen in Offshore-Gebieten (Foreign Sales Corporations). Der Kongress hatte die staat-



* bis April 2004 EU-15, ab Mai 2004 EU-25; ** Jan. bis Sept.; Quelle: IWF

lichen Finanzspritzen zwar abgeschafft, den US-Konzernen aber zweijährige Übergangsregelungen sowie Bestandsschutz für geltende Verträge beschert. Die EU hält diese Hilfen für unzulässig. Die genehmigten Sanktionen hat sie aber bis zur Klärung durch die WTO im Herbst ausgesetzt. Die Genfer Organisation hatte der EU gestattet, US-Importe mit Strafzöllen bis zu 4 Mrd. Dollar zu belegen.

Fachleute rechnen nicht damit, dass die Sanktionskeule ihre Wucht entfaltet. „Die EU wird einen für sie positiven WTO-Bescheid nutzen, um auf die Amerikaner in der Airbus-Frage auszuüben. Das Ganze ist eine Poker-Partie“, sagt Gary Hufbauer vom Institute for International Economics in Washington. „Sollte die WTO feststellen, dass Teile der neuen US-

Tauwetter über dem Atlantik
In der kommenden Woche will US-Präsident George W. Bush in Europa die transatlantischen Verständigungen belegen. In dieser Serie macht das Handelsblatt eine Bestandsaufnahme der großen Kooperations- und Konfliktfelder.
Lesen Sie morgen die letzte Folge:
In der Umweltpolitik setzt George W. Bush auf Freiwilligkeit – und erntete damit Kritik bei Industrie und Politik in Deutschland.

Europaparlament stellt EU-Strategie in Frage

Kritik an Dienstleistungsrichtlinie und Finanzplanung

ERIC BONSE
HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
BRÜSSEL. Das Europaparlament schaltet sich in die Strategiedebatte der EU ein. Europa dürfe kein „technokratisches Projekt“ werden und brauche „eine stärkere Beteiligung der Völker und ihrer Vertreter“, sagte Parlamentspräsident Josep Borrell im Gespräch mit dem Handelsblatt. Deshalb hat Borrell den Bundestag und die anderen nationalen Parlamente der 25 EU-Staaten zu zwei hochkarätigen Konferenzen nach Brüssel eingeladen. Es ist das erste Mal, dass das Europaparlament die nationalen Abgeordneten in die Zukunftsdebatte einschaltet.
Bereits am 16. und 17. März soll in Brüssel eine erste interparlamentarische Konferenz zur so genannten Lissabon-Agenda stattfinden. Dabei geht es um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, aber auch um die umstrittene Dienstleistungs-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Öffnung des Service-sektors. Im April ist eine weitere Konferenz zur mittelfristigen Finanzplanung der EU für die Jahre 2007 bis 2013 geplant. Dabei dürfte der Streit um die von Deutschland und fünf anderen EU-Ländern geforderte Deckelung des EU-Budgets bei 1 Prozent des Bruttonationalprodukts im Mittelpunkt stehen.
An der Konferenz zur Lissabon-Agenda sollen neben Parlamentariern aus allen 25 Ländern auch EU-Kommissionschef José Manuel Barroso und Industriekommissar Gün-

ter Verheugen teilnehmen. Beide hatten kürzlich eine Überarbeitung und Straffung der Agenda angekündigt. Dennoch bleibe die neue Zukunftsstrategie unklar, kritisierte Borrell. Vor allem der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit einerseits und den sozial- und umweltpolitischen Zielen der Union andererseits sei schwammig.

Der Spanier warnte zugleich davor, die EU-Abgeordneten bei der Dienstleistungsrichtlinie zu übergehen. „Wenn das Parlament nein sagt, kommt die Richtlinie nicht“, sagte er unter Verweis auf das Mitentscheidungsrecht der Straßburger Kammer. Die Kommission müsse ihren umstrittenen Entwurf ändern, wenn sie kein Scheitern riskieren wolle. Ähnlich äußerte sich Evelynne Gebhardt (SPD), die zuständige Berichterstatterin des Parlaments. Das so genannte Herkunftslands-Prinzip müsse durch einen gemeinschaftlichen Ansatz ersetzt werden. Der bisherige Entwurf berge die Gefahr des „sozialen Dumpings“.

Kritisch äußerte sich Borrell auch zur Forderung Deutschlands, das EU-Budget zu deckeln. Man könne nicht ständig „mehr Europa mit mehr Europäern“ fordern und zugleich die Ressourcen der EU bezugrenzen. Sollten sich Deutschland und andere Nettozahler durchsetzen, stünden der Union von 2007 bis 2013 insgesamt 210 Mrd. Euro weniger zur Verfügung. Dies entspreche einer Kürzung um zwei Jahresbudgets, so Borrell: „Das reicht nicht.“

Polens liberale Kräfte stellen sich gegen einen Rechtsrutsch des Landes

Prominente Politiker planen Zentrumsparterie über ideologischen Graben hinweg

REINHOLD VETTER
HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
WARSCHAU. Liberale Spitzenpolitiker planen die Gründung einer Zentrumsparterie, die Polens Parteiensystem grundsätzlich neu ordnen würde. Hinter der Initiative stehen prominente bürgerlich-liberale Kräfte wie Ex-Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki ebenso wie sozial-liberale Politiker wie Wirtschaftsminister Jerzy Hausner. Sie wollen verhindern, dass es bei der Parlamentswahl in diesem Jahr zu einem Rechtsrutsch kommt, der auch für die Europapolitik des EU-Neumitgliedes Konsequenzen hätte. Eine solche Partei würde erstmals seit Polens Systemwechsel den Graben zwischen Antikommunisten und Postkommunisten überbrücken.

Hausner war kürzlich aus dem regierenden postkommunistischen Linksbündnis SLD ausgetreten. Auch dem parteilosen Premier Marek Belka werden Sympathien für die neue Initiative nachgesagt. Die Gruppierung will eine Alternative zu den dahinsiechenden Linken bieten, aber auch den konservativ-nationalistischen Parteien Paroli bieten. Den rechten Parteien werden bislang gute Chancen eingeräumt, die nächste Wahl zu gewinnen.

Mazowiecki und seine Mitstreiter hoffen auf genug Stimmen, um bei Koalitionsverhandlungen der konservativ-nationalistischen Parteien eine Rolle zu spielen. „Das vom Zwist zerissene Polen braucht einen Motor, der das Land wieder nach vorne

bringt“, sagte Mazowiecki. Von unabhängigen Beobachtern werden die Erfolgsaussichten eines liberalen Zentrums allerdings als gering eingeschätzt. „Wenige Monate vor der Wahl ist es zu spät, ein wirksames Gegengewicht gegen Rechts und Links aufzubauen“, sagt der renommierte Soziologe Tadeusz Szawiel.

Mit einem Wahlsieg der Konservativen kann sich der Wind in Warschau gegen Brüssel drehen.

Hausner hatte die Minderheitsregierung von Premier Belka noch stärker ins Schlingern gebracht. Belka stützt sich hauptsächlich auf die postkommunistische SLD. Diese Partei besitzt zwar die relative Mehrheit im Parlament, kommt in Wählerumfragen aber nur auf Werte unter 10 Prozent. Vor allem die vielen Korruptionsskandale in der Amtszeit des früheren Premiers Leszek Miller haben den Linken das politische Genick gebrochen. Belka weigerte sich, Hausner nach dem Parteiaustritt auch aus der Regierung zu entlassen – was ihm heftige Kritik eintrug. „Damit hat ein kalter Krieg zwischen uns

und der Regierung begonnen“, sagte ein führender SLD-Funktionär im Parlament. Die Linken hatten seit langem Hausners Plan zur Sanierung der Staatsfinanzen im Parlament hintertrieben.

Aktuelle Spitzenreiter in den Umfragen sind die konservative Bürgerplattform (PO) mit 27 Prozent und die katholisch-nationalistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit 15 Prozent. Sie wollen zusammen die Regierung bilden. Als Ministerpräsident ist PO-Sprecher Jan Maria Rokita vorgesehen. Sollten die Konservativen die Macht übernehmen, muss sich die EU auf neue Probleme mit Polen einstellen. „Grundsätzlich befürworten wir die Mitgliedschaft in der EU, aber die neue Verfassung schwächt die Position unseres Landes“, sagte PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski. Bislang zeigen beide Parteien keine Bereitschaft, die Bürger zu einem Ja beim EU-Verfassungsreferendum im Herbst aufzurufen.

Vor allem innenpolitisch wollen die Konservativen die Zügel anziehen. „Notwendig ist die Zurückdrängung des Postkommunismus, die Säuberung des Staates und die Schaffung eines neuen politischen Zentrums“, sagte Kaczynski. Wirtschaftspolitisch gehen die Meinungen der beiden Parteien allerdings weit auseinander. Die Bürgerplattform will das Budget straffen und die Steuern senken. Dagegen befürwortet Kaczynski höhere Staatsausgaben zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme.

Nato-Minister offen für Reform des Bündnisses

Generalsekretär Scheffer kündigt Vorschläge an

HANDELSBLATT, 17. 2. 2005
INK BERLIN. Die Bereitschaft für eine Reform der Nato ist sehr viel breiter als bisher angenommen. Nachdem eine entsprechende Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder am Wochenende für Kritik gesorgt hatte, sprachen sich gestern sowohl Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer als auch der EU-Außenbeauftragte Javier Solana für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen aus. Nach Informationen des Handelsblatts haben die Nato-Verteidigungsminister zu dem bereits bei ihrem informellen Treffen vergangene Woche in Nizza über eine Reform diskutiert.

Dies geht aus einem vertraulichen Ergebnisprotokoll des Nato-Generalsekretärs vom 14. Februar hervor, das dieser Zeitung vorliegt. Darin kündigt Scheffer an, dass er den Ministern Vorschläge vorlegen werde, wie die Nato wieder stärker ein politisches Forum werden könne. „Politische Konsultationen sind dabei der richtige Startpunkt“, heißt es in dem Papier. Der Bundeskanzler hatte in seiner von Verteidigungsminister Peter Struck verlesenen Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz festgestellt, dass die Nato nicht mehr der primäre Ort für strategische Debatten zwischen den USA und den Europäern sei. Es müsse verhindert werden, dass die Nato sich nur „auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ verständigen könne, stellt Scheffer weiter fest.

Tatsächlich war es etwa im Irak-

Krieg unmöglich, Entscheidungen im Nato-Rat zu fällen, weil Beschlüsse dort nur einstimmig gefasst werden können. Während die Mehrheit der Nato-Staaten den Irak-Krieg befürwortete, lehnte ihn eine Minderheit – darunter Deutschland – ab. Zudem hatten etliche Regierungen in der Vergangenheit wiederholt beklagt, dass im Nato-Ministerrat in der mittlerweile auf 27 Mitglieder angewachsenen Allianz oft nur Stellungnahmen vorgelesen würden und keine Debatte stattfände.

Scheffer schreibt in seinem Papier, dass zudem der Umbau der Allianz und auch der militärischen Fähigkeiten der Nato als Reaktion auf die neuen Herausforderungen vorangetrieben werden müssen. „Eine Reihe von Ministern stellte fest, dass wir im Reden besser sind als im Handeln.“ Kritisiert worden war in der Runde auch der ungenügende Fortschritt bei dem Versuch, innerhalb der Nato mehr einsatzbereite Einheiten und Material zur Verfügung zu stellen. Hier, so hofft Scheffer, sollen es bis zum Ministerrat im Juni vorangehen.

Auf Ablehnung stößt in Nato-Kreisen aber weiter Schröders Vorschlag, dass eine Expertengruppe Vorschläge sowohl zur Reform der Nato wie der transatlantischen Beziehungen insgesamt vorbereiten soll. Schröder hatte in einem „Handelsblatt“-Interview betont, er stehe zu dieser Idee. Scheffer hatte es dagegen abgelehnt, ein Experten-gremium zu Rate zu ziehen.